

GROSSER RAT

Sitzung vom 25. August 2015, Art. Nr. 2015-1020, romm/eb

PROTOKOLL

(GR.15.112-1) Dekret über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit; (Polizeidekret, PoID); Änderung; Eintreten, Detailberatung und Beschlussfassung

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 3. Juni 2015 samt den abweichenden Anträgen der Kommission für öffentliche Sicherheit (SIK) vom 29. Juni 2015. Der Regierungsrat stimmt diesen Änderungsanträgen zu. Die Kommission beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen. Es referiert deren Präsident, Andreas Senn, Würenlingen.

Eintreten

Stillschweigend treten die folgenden Fraktionen auf die Vorlage ein: BDP, Grüne, GLP und FDP.

Für die übrigen Fraktionen sprechen: SVP, Marlène Koller, Untersiggenthal; EVP, Dr. Roland Frauchiger, Thalheim; SP, Peter Koller, Rheinfelden; CVP, Ruedi Donat, Wohlen.

Landammann Dr. Urs Hofmann verzichtet auf Voten zum Eintreten.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Dekret über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeidekret, PoID)

I., § 2 Abs. 1 lit. g, § 2 Abs. 2 (aufgehoben), § 3 Abs. 2 (aufgehoben), § 4 Abs. 1 lit. c, § 4 Abs. 1 lit. h, § 4 Abs. 1 lit. i (neu), § 4 Abs. 2 (aufgehoben), § 4a Abs. 1 (neu)

Zustimmung

§ 4b Abs. 1 (neu)

Die Kommission SIK beantragt folgende Formulierung: "Die Regionalpolizeien bearbeiten *die folgenden Widerhandlungen* gegen Strafbestimmungen mit lokalem Bezug:"

Zustimmung

§ 4b Abs. 1 lit. a (neu)

Zustimmung

§ 4b Abs. 1 lit. b (neu)

Die Kommission SIK beantragt folgende Formulierung: "*Vergehen und Übertretungen* gemäss Art. 68 Abs. 1 lit. a und Abs. 2 des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002 ²,"

Zustimmung

§ 4b Abs. 1 lit. c–m (neu), § 5 Abs. 1, § 6 Abs. 1 lit. b und c (aufgehoben), § 6 Abs. 1 lit. d (neu), II., III., IV.

Zustimmung

Antrag gemäss Botschaft / Abstimmung

Der Antrag wird mit 125 gegen 0 Stimmen angenommen.

Beschluss

1.

Der Entwurf für eine Änderung des Dekrets über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeidekret, PolD) wird – wie aus den Beratungen hervorgegangen – zum Beschluss erhoben.

Dr. Markus Dieth
Präsident

Rahel Ommerli
Ratssekretärin

Verteiler
Departement Volkswirtschaft und Inneres
Rechtsdienst Regierungsrat (Publikation)